

Der Geist aus der Flasche

Fragen zur aktuellen politischen Lage in Thailand

Die Redaktion hat unter anderem dem seit Jahren in Bangkok lebenden Mark Teufel die folgenden fünf Fragen zur Einschätzung der aktuellen Ereignisse in Bangkok gestellt, die er noch um eine weitere ergänzt hat.

Mark Teufel

Inwiefern vertreten die »Rothemden« die Interessen der »kleinen« Leute in Stadt und Land oder handelt es sich hier ausschließlich um Populismus?

Tatsächlich muss man erkennen, dass die derzeitige Regierung der *Democrat Party* sämtliche neoliberalen Grundsätze über Bord geworfen hat und genau das tut, was man in den Jahren 2001 bis 2006 als schlimmsten Populismus bezeichnete. Sie verteilte Schecks an Bezieher niedriger Einkommen, die diese persönlich abholen mussten und in bestimmten Geschäften einlösen konnten. Neben der »größten Wählerbestechungsaktion der Geschichte Thailands« (Regierungsgegner) verursachte die Aktion zusätzliche Kosten in enormer Höhe. Bis heute ist unklar, warum man eine Bankkontonummer angeben musste, dann aber keine Überweisung bekommen konnte, sondern den Scheck nach stundenlanger Anreise und dem Warten in einer langen Schlange persönlich abholen musste. Und gerade auf dem Höhepunkt der Demonstrationen erlässt das Kabinett von Premierminister Abhisit einen Beschluss, durch den ein Schuldenmoratorium für Bauern im Wert von 80 Milliarden Baht erlassen wird. Die *Bangkok Post* schrieb am 31.3.2010: »Die Regierung führt ein Moratorium für Schulden von Bauern ein, im Wert von 80 Milliarden Baht, was als Strategie angesehen wird, um die Graswurzelmenschen zu beruhigen, da die politische Spaltung sich verbreitert.« Ähnliche Zugeständnisse der Thaksin-Regierung waren von der *Democrat Party* vorher als »Sündenfall« und »schlimmster Populismus auf südamerikanische Art« bezeichnet worden.

Man sieht also, dass die Vorzeichen umgedreht sind. Die derzeitige Regierung überschlägt sich mit Geldgeschenken, Versprechungen und Zusagen, um die arme Bevölkerung davon abzuhalten, zu den De-

monstrationen zu kommen. Während die *Vereinigte Front für Demokratie* (UDD) in ihrer Grundsatzerklärung in Hinsicht auf die nationale Wirtschaft erklärt: »Wir wollen die wirtschaftlichen Probleme lösen. Wir wünschen einen freien kapitalistischen Staat, in dem die Kluft zwischen Reich und Arm reduziert ist. Wir wollen mehr Möglichkeiten für die Armen schaffen. Wir wollen, dass das Land sich in wirtschaftlicher Hinsicht fortschrittlicher entwickelt und Wettbewerbsvorteile auf einer globalen Basis erarbeitet. Wir wollen kein zurückgebliebenes Land sein, das wie heute vollkommen durch konservative Oligarchen beherrscht wird.« Während also die derzeitige Regierung mit Populismus versucht, die Massen ruhig zu halten, drängt die UDD auf grundsätzliche und strukturelle Reformen und auf Rechte statt Almosen.

Welche Möglichkeiten zur Beendigung der politischen Dauerkrise gibt es? Bestehen politische Kompromissmöglichkeiten zwischen den verfeindeten Lagern?

Premierminister Abhisit hat am 4. Mai 2010 im Fernsehen erstmals seine »Roadmap zur Versöhnung« vorgestellt und dadurch sowohl Verbündete als auch die Demonstranten der Rothemden verblüfft. Es dauerte bis zum 7. Mai 2010, bis sich sowohl Koalitionspartner, die eigene Partei als auch die UDD grundsätzlich mit dem Plan einverstanden erklärt hatten. Der Plan sieht Wahlen am 14. November 2010 vor. Bis zu diesem Zeitpunkt kann die Regierung die wichtigen Finanzbudgets auf den Weg bringen und die Armee kann den gewünschten Falken der Generäle, Prayuth Chan-ocha, zum Nachfolger des scheidenden Armeechefs, General Anupong Paochinda, küren. Damit ist die wichtigste Position des Landes, der des Entscheiders über Putsch oder Frieden, für vier Jahre mit einem erklärten Feind, ja Hasser der Rothemden, besetzt. Eine Besetzung, die die Rothemden immer noch versuchen zu verhindern, wartet doch ansonsten die ständige Bedrohung durch einen Militärcoup auf die nächste Regierung des Landes. Jedoch haben die Rothemden dem Druck der öffentlichen und internationalen Meinung nachgegeben und grundsätzliche Bereitschaft zum Plan des PM verkündet. Sie fordern jedoch eine Erklärung über den definitiven Tag der Auflösung des Reprä-

Der Autor ist Journalist und Buchautor zu Thailands Geschichte und Politik. Er hat Kriminalromane und Reiseführer mit Thailand als Unterthema unter dem Pseudonym Mark Teufel veröffentlicht.

sentantenhauses, da der Premierminister immer wieder an Wahlen die Bedingung geknüpft hat, dass die Situation im Land »angemessen« sein müsse, um einen fairen Wahlkampf zu erlauben. Was manche Beobachter als Rückfallposition ansehen, um die Wahlen doch noch zu verzögern.

Außer der Zusage zu einem definitiven Termin für die Auflösung fordert die UDD außerdem die Zusage der wichtigsten politischen Mitspieler, nämlich der Regierungsparteien, der Armee und der Volksallianz für Demokratie (PAD), dass sie den Ausgang der Wahl akzeptieren werden. Eine Verpflichtung, die sie selbst auch bereit ist einzugehen. Derzeit erscheint der einstige Verbündete und Steigbügelhalter von Premierminister Abhisit Vejjajiva als größtes Hindernis für eine friedliche Lösung. Es ist die extremistisch-monarchistische Volksallianz (PAD), die im Jahr 2008, bis heute ungestraft, Regierungsgebäude und Flughäfen lahm legte und mit Unterstützung des Militärs einen Hauch von Anarchie im Land verbreitete. Sie verhinderte so, dass die gewählte Regierung dringend notwendige Verfassungsänderungen in den Prozess der Gesetzgebung bringen konnte, so dass sie schließlich zwei Mal mit umstrittenen Urteilen durch Gerichte gestürzt werden konnte, die Regierungsparteien aufgelöst und weitere Politiker, inzwischen über 220, mit Berufsverbot belegt werden konnten. Erst dadurch war der Weg für den Wahlverlierer Abhisit geebnet, um im Dezember 2008 im Parlament von Abgeordneten gewählt zu werden, was eine Umkehr des Wählerwillens darstellt. Denn diese hatten sich für die Kampagne der *People Power Party* entschieden, die maßgeblich von dem Thema Verfassungsänderungen bestimmt worden war.

Die PAD misstraut Wahlen und Mehrheitsentscheidungen. Sie fordert mehr Rechte für die Vertreter der Monarchie und des Militärs, da sie diese als die »Wächter« über prinzipiell korrupte Politiker ansieht. Die PAD setzt sich für eine neue Form der Parlamentarismus ein, in dem die Mehrheit der Abgeordneten nicht gewählt, sondern »ernannt« wird. Der jetzige Außenminister und Flughafenbesitzer Kasit Piromya zum Beispiel hatte vor dem Auslandskorrespondentenclub Thailands erklärt, dass das Wahlrecht ja an die Höhe der Steuern geknüpft werden könnte. Und so fordert die PAD heute folgerichtig die Ausrufung des Kriegsrechts und Auflösung der Demonstration mit allen notwendigen Mitteln, statt eine »Roadmap zur Versöhnung«.

Gibt es eine (wenn auch schwache) »Dritte Kraft« zwischen oder außerhalb von rot und gelb? Wenn ja, worauf stützt sie sich und was vertritt sie?

Das Land ist vollkommen polarisiert. Wenn man die seit den Demonstrationen der UDD in Bangkok aufgetretenen »Bunthemden« betrachtet, stellt man fest, dass sie im Prinzip aus »Gelbhemden« bestehen, die sich lediglich einer anderen, bunteren Farbe bedienen. Selbst die traditionell vermittelnde Rolle des

Palastes wurde seit dem »Coup für den König« im Jahr 2006 kompromittiert, weil sich die Putschisten, dann die PAD und schließlich die jetzige Regierung als »Beschützer der Monarchie« bezeichnen und versuchen, politische Gegner mit Hilfe der Monarchie als Werkzeug zu eliminieren. Sie zwingen Gegner ins Exil (zum Beispiel Giles Ji Ungpakorn, Jakrapob Penkair), stecken sie ins Gefängnis (zum Beispiel »Da Torpedo«). Selbst Neutrale werden zu Feinden erklärt: »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns« und so wird zum Beispiel die Webmasterin der einzigen liberalen, unabhängigen Onlinezeitung *Prachatai* mit 50 Jahren Gefängnis wegen Verstoß gegen das so genannte Computerstrafgesetz bedroht, weil sie nicht schnell genug angeblich die Monarchie beleidigende Kommentare von Lesern entfernt hatte. Inzwischen wurde die Zeitung in Thailand blockiert und muss vom Ausland aus operieren, wobei ihre wechselnden Links ständig neu blockiert werden.

Möglicherweise könnte man die UDD selbst als »dritte Kraft« ansehen, weil sie sich immer mehr von Thaksin distanziert hat, der nach wie vor den größten Teil der oppositionellen Puea Thai kontrolliert. Zwar rufen die Anführer der Rothemden dazu auf, Wahlkampf für die Puea Thai zu machen, aber gleichzeitig wird ihr Profil immer eigenständiger. Ich erwarte eigentlich, dass sich nach den nächsten Wahlen ein Teil der UDD abspalten wird und organisatorisch zur Puea Thai abwandert, während ein Teil der Puea Thai oder zumindest einige Abgeordnete, zusammen mit einigen UDD-Anführern, eine neue Kraft bilden werden, die die neuen Ideale der UDD noch deutlicher und kompromissloser vertreten wird als die UDD, denn die Puea Thai wurde selbst bereits längst von Protagonisten der alten Elite »unterwandert«. Das hat einerseits den Einfluss Thaksins reduziert, andererseits auch die Wahrscheinlichkeit, dass die Puea Thai zu echten und grundlegenden Reformen in der Lage sein wird.

Die Frage nach einer »Dritten Kraft« könnte auch anders gedeutet werden. Nämlich ob es eine solche gibt, die versucht, Rothemden und Regierung aufeinander zu hetzen, indem sie sowohl die Regierung als auch die Demonstranten angreift. Seit dem 13.5.2010 hat die Regierung eine Blockade errichtet, um den finalen Angriff, der mit einem Ultimatum für Montag den 17.5.2010, 17 Uhr, angekündigt wurde, abzuwenden. Seitdem sind fast vierzig Zivilisten, darunter Demonstranten, Journalisten, normale Passanten und ein die Rothemden beratender General, ziemlich offensichtlich durch Scharfschützen und normale Soldateneinsätze getötet worden. Die Regierung macht eine »Dritte Hand« dafür verantwortlich, ohne Beweise dafür oder für die Anwendung von Waffen wie zum Beispiel M79-Granaten durch die Demonstranten vorzulegen. Und auf wundersame Weise gibt es keinerlei Opfer unter den Sicherheitskräften, aber dutzende von Videos und Fotos sowie Augenzeugen-

berichten, die die Schüsse durch die Soldaten erklären. Seit dieser Entwicklung muss an der Existenz der »Dritten Hand« stark gezweifelt werden.

Wie stehen die Chancen für einen erneuten Militärputsch? Gibt es Anzeichen für einen internen Machtkampf im Militär, welche sich die roten oder gelben Kräfte zu Nutzen machen?

Das Damoklesschwert eines Militärputschs schwebt seit dem Coup von 2006 ständig über jeder Regierung. Und begünstigt wird dies durch Regelungen der Militärverfassung von 2007, die eine Amnestie für alle Taten in Verbindung mit dem Coup von 2006 vorsieht, auch jene, die nach dem Coup stattfanden. Damit hatte sich das Militär schon einmal Ermittlungen und Bestrafung verboten, als im Jahr 2007 ein Dokument bekannt wurde, welches bewies, dass das Militär alles versuchte, um eine Nachfolgepartei der aufgelösten Thai Rak Thai von einem erneuten Wahlgewinn abzuhalten. Wie bereits erwähnt, wird diese Gefahr durch die Ernennung von General Prayuth zum nächsten Armeechef noch erhöht. Auch aus diesem Grund fordert die oppositionelle Puea Thai die Wiedereinführung der so genannten »Volksverfassung« von 1997, wohlwissend, dass diese keineswegs vom »Volk« geprägt worden war, sondern vom liberalen Teil der monarchistischen Intellektuellen, und dass es dringend notwendig ist, einige Schlupflöcher und Fehler der Verfassung von 1997 zu beheben. Aber sie hat einen wichtigen Vorteil für die zivile Regierung. Sie erlaubt ausdrücklich den Widerstand gegen einen Militärputsch.

Eine Änderung der Verfassung von 2007 oder eine Wiedereinführung der Verfassung von 1997 ist unbedingte Voraussetzung für eine Verringerung des Putschrisikos. Nachdem das Militärbudget seit dem Coup von 2006 mehr als verdoppelt wurde, dürften die Taschen der Generäle erst einmal gefüllt sein. Aber eine Reduzierung des Einflusses der Armee auf die zivile Führung erfordert viele Veränderungen und eine Reduzierung der Armee insgesamt, was auf den erbitterten Widerstand der Militärs stoßen wird.

Welche Vorstellungen von »Demokratie« bestehen in Thailand und kann das Land in näherer Zukunft eine Demokratie nach westlichem Vorbild werden?

Zu behaupten, dass die armen Wähler vom Land »dumm und ignorant« wären und so »gierig«, dass sie ihre Stimme verkaufen, und dass Thailand nicht reif wäre für eine Demokratie, in der alle Stimmen von Wählern gleich gewichtet werden, ist eine Behauptung, die schon von vorangegangenen Königen ge-

nutzt wurde und seitdem von jedem Diktator und den Protagonisten einer »Thai-Stil-Demokratie«, meist Vertreter eines mächtigen Monarchismus, verwendet wird, um zu verhindern, dass ihre Privilegien, mit denen sie die Kultur, Wirtschaft und Politik des Landes bestimmen, reduziert werden. Leider haben sich in Thailand auch die sogenannten NGOs (Nichtregierungsorganisationen), die zum größten Teil nicht demokratisch organisiert sind und von Mitgliedern des gehobenen Mittelstandes beherrscht werden, für eine paternalistische, bevormundende Politik entschieden und zum großen Teil die PAD unterstützt, was die »Zivilgesellschaft« zu einem Komplizen der Putschisten von 2006 gemacht hat.

Der Coup von 2006 war nicht durchgeführt worden, weil die Menschen nicht reif für die Demokratie gewesen wären, sondern weil sie begriffen hatten, wie Demokratie funktionierte. Thaksin hatte ihnen gezeigt, dass sie durch ihre Stimme eine Politik erzeugen konnten, die ihnen zugute kam. Eine Politik, die sicher auch populistisch war, aber einen wesentlichen Fortschritt für die soziale Entwicklung der bis dahin unterprivilegierten Menschen insbesondere im Norden und Nordosten des Landes brachte. Dieser



Es soll vorwärts gehen: Die Rothemden kämpfen für die Demokratisierung Thailands.

Foto: © Lee Yu Kyung – Blog: <http://penseur21.wordpress.com>

von Thaksin freigelassene »Geist aus der Flasche« sollte durch den Coup vom 19. September 2006 wieder zurück in die Flasche befördert werden. Aber nach vier Jahren stehen die Vertreter und Verfechter dieses Coups vor den Scherben dieses Versuchs. Thaksin, der im Prinzip einer von ihnen war und seine soziale, oder von Feinden »populistisch« genannte Politik nur zur Sicherung seiner politischen Macht einsetzte, ohne aber an den grundsätzlichen Pfeilern der traditionellen Hierarchie zu rütteln, wurde ersetzt durch eine UDD, die Thaksin programmatisch längst

hinter sich gelassen hat, wie nicht nur führende englischsprachige Zeitungen erkannt haben.

Carla Denker schreibt von den Demonstrationen in Bangkok: *»Ms. Manut Srivirai aus Nakorn Panom brach in Tränen aus, als sie über die thailändischen Medien sprach. Sie campete jetzt in Bangkok seit 20 Tagen, um die Regierung dazu zu bringen, das Repräsentantenhaus aufzulösen und Neuwahlen auszurufen. »Dieses Land bewegt sich in Richtung des burmesischen Weges, wird kontrolliert vom Militär. Ich werde heute hier schlafen, morgen und noch viele Tage, wenn es notwendig ist«, sagte die 74jährige, unverblümt redende Frau.«*

Damit wird ein großes Problem der Demokratisierung aufgezeigt. So lange die von der Elite und dem »aufgeklärten« Mittelstand beherrschten Medien einen Militärcoup als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln akzeptieren, ebenso wie die Rolle der Generäle als »Hüter und Wächter«, ist nicht zu erwarten, dass sich die einfache Forderung der Mehrheit des Landes nach demokratischen Grundregeln durchsetzen wird.

Die UDD definiert ihre Ziele wie folgt: *»Wir wollen einen fairen und gerechten Staat, einen Rechtsstaat mit einem fairen Justizsystem und ohne doppelten Standard ... Wir wollen die Verfassung von 1997 wieder einführen und ändern Um es einfach zu sagen: Wir wollen unser Land und seine Bevölkerung aus den Händen der Oligarchen befreien und es in ein Land freier Menschen mit Nationalstolz, Freiheit und Gleichheit verwandeln. Wir gehen nicht darüber hinaus ...«*

Aber gerade Letzteres wird von der Regierung bezweifelt, wenn auch nur aus strategischen Gründen und kaum, weil sie selbst daran glaubt. Weshalb sie die Rothemden nicht nur beschuldigt, mit Terroristen unter einer Decke zu stecken und sogar selbst welche zu sein, sondern die Regierung behauptet sogar, dass es ein Netzwerk zum Sturz der Monarchie gäbe, von dem die Rothemden ein Teil wären. Das Militär veröffentlichte eine komplizierte Folie, die die meisten Dissidenten in einem Netzwerk zusammenbrachte und das angebliche Komplott zum Sturz des Königs darstellen sollte. Einen schlimmeren Vorwurf gibt es nicht in Thailand. Im Jahr 1976 hatte solche Rhetorik zu einem Massaker rechter Extremisten an der Thammasat Universität geführt, dann zu einem Militärcoup und im Jahr darauf zu einem der brutalsten Unterdrückungsregime in der Geschichte Thailands. Wer den reichsten Monarchen der Welt (30 bis 35 Milliarden US-Dollar nach Forbes und anderen), der vom Staat ca. 120 Millionen US-Dollar jährlich als Zuschuss zum Palasthaushalt erhält, kritisiert, wer im Kino nicht aufsteht, wenn die Königshymne gespielt wird, oder wer ausländische Texte mit Spekulationen über den Gesundheitszustand übersetzt, wird verfolgt, beschuldigt und meist auch angeklagt und mit fünf bis 15 Jahren Gefängnis pro Tatbestand bedroht.

Zusatzfrage: Welche Rolle spielt der gestürzte Premierminister Thaksin Shinawatra für die Demokratiebewegung?

Die *Bangkok Post*, eine Verteidigerin des Coups von 2006 und über Jahre hinweg erbitterte Feindin von Thaksin Shinawatra, veröffentlichte am 7.5.2010 einen Artikel, der die Situation gut beschreibt. *»Der rote Tiger hat sich jetzt losgerissen und wie man sehen kann, sitzt Thaksin nicht länger auf seinem Rücken«*. Der Autor stellt fest: *»Ja, es gibt keinen Zweifel daran, dass der »Rote Tiger« seinen Platz in der Geschichte und Gesellschaft gefunden hat, um seine Macht auszuspielen. Dies könnte einer der wichtigsten Gründe für die Neupositionierung der Beziehung zwischen Thaksin und den Rothemden sein ... Die tödlichen Zusammenstöße in Bangkok und die Tatsache, dass Thaksin »nichts tat« während der gesamten kritischen Periode könnte bezeichnend sein dafür, dass der ehemalige Premierminister die Kontrolle über die Anführer der Rothemden vollständig verloren hat.«*

Und wieder müssen wir einen Blick zurück in die Geschichte werfen. Als im Jahr 1933 Feldmarschall Phibun Songkhrum den Bürgerkrieg gegen die monarchistischen Kräfte des Militärs zugunsten der Revolutionäre von 1932 entschieden hatte, war er ursprünglich der Hauptfeind der Monarchisten und Konservativen gewesen. Dann aber, im Jahr 1946, empfand man die Bedrohung durch die Sozialreformen von Pridi Banomyong und seiner ersten demokratischen Verfassung, die ein vollständig gewähltes Parlament vorsah, als größer und so begannen sich Monarchisten mit Phibun zu arrangieren, um ihn zu benutzen, den ehemaligen Verbündeten Pridi und damit die ganze Bewegung der Sozialreformer, Linken und Liberalen zu vernichten. Es wäre nicht verwunderlich, wenn die Elite Thailands stillschweigend einen Deal mit Thaksin abschließen würde um ihn zu benutzen, um den *roten Tiger* zu zähmen. Wenn dies geschehen sollte, wird man sehen, ob der Tiger wirklich Zähne hat oder ein Papiertiger ist.

Im Moment sieht es jedoch so aus, als ob es für Verhandlungen zu spät wäre. Professor Frederico Ferrara, 32, von der Universität Singapur ist der Meinung, dass die Krise in Gewalt enden wird. Und er sagt: *»Deshalb ist meine Erwartung, dass sie ihn [PM Abhisit] für das Massaker benutzen und dann über Bord werfen werden, wenn er seine Aufgabe erledigt hat.«* Seit dem ersten Angriff der Soldaten am 10. April 2010 wurden bereits mehr als 56 Zivilisten getötet, mehr als 1.500 verletzt mit stündlich steigender Tendenz. Das ist eine Zahl, die sogar die Massaker von 1992 in den Schatten stellen könnte, wenn das Ende erreicht ist.

Eine Fassung des Artikels mit ausführlicher Literaturangabe ist bald auf den **südostasien**-Seiten unserer Homepage unter <http://asienhaus.de/suedostasien-neu> zu finden.